

Antrag

**der Abgeordneten Jutta Kodrzynski (GAL)
und Fraktion vom 12.09.2006**

Betr.: Infrastruktur für FahrradfahrerInnen verbessern

Im vergangenen Sommer war bezirkswweit zu beobachten, dass die Zahl der Fahrradfahrerinnen zugenommen hat. Dies macht sich besonders daran bemerkbar, dass es in den Wohngebieten und in der Innenstadt zu wenige Möglichkeiten gibt, Räder diebstahl- und verkehrssicher anzuschließen. Fahrräder werden, mangels Alternative, an Bäume und andere ungeeignete Stellen angeschlossen. Die Zunahme des Radverkehrs ist zu begrüßen und sollte vom Bezirk gefördert und unterstützt werden.

Leider tauchen gerade im innerstädtischen Bereich mit dem Anstieg der Fahrradnutzung auch Probleme auf: Dort, wo alter Wohnungsbestand ohne Keller und Hinterhöfe anzutreffen ist, ist es für die Anwohnerinnen oft beschwerlich im Straßenraum eine sichere, den fließenden Verkehr nicht gefährdende, Anschließmöglichkeit für das Rad zu finden. In Einkaufszentren der Stadt, wie z.B. auf dem Jungfernstieg, in der Spitalerstraße etc. gibt es keine Fahrradbügel oder sonstige Möglichkeiten zum Anschließen eines Rades.

Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte beschließen:

1. Im Bezirk Mitte soll die gesamte Infrastruktur für FahrradfahrerInnen kontinuierlich verbessert werden.
2. Es sollen Ab- und Unterstellmöglichkeiten im öffentlichen Raum geschaffen werden.
3. Ein erster Schwerpunkt sollte die Schaffung von ausreichend Stellplätzen an und um den Hauptbahnhof sowie an und im Umkreis der Zentralbibliothek am Hühnerposten sein.
4. Die U-Bahn und S-Bahnhaltestellen sind dahingehend zu überprüfen, ob ausreichend Stellplätze vorhanden sind.
5. Zu den Punkten 2-4 ist der Expertenrat des ADFC einzuholen.
6. Einzelne Maßnahmen sind in den jeweils zuständigen Regionalausschüssen zu bearbeiten.
7. Dem Verkehrsausschuss ist zweimal im Jahr zu berichten, welche Fortschritte im abgelaufenen Zeitraum im Bezirk gemacht wurden.
8. Da ein Titel Unterhaltungsmaßnahmen für den Fahrradverkehr im Wirtschaftsplan nicht mehr vorhanden ist, sollen die Mittel hierfür bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt eingeworben werden